

# Berliner Nachrichten

Februar 2007



Renate Gradistanac MdB, Mitglied der SPD-Bundestagsfraktion  
Mitglied im Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend  
Mitglied im Ausschuss für Tourismus

## Franz in Freudenstadt: 700 Gäste bei Neujahrsempfang



### Inhalt

Der Vizekanzler in Freudenstadt	2
Huthmachers St(r)icheleien	3
Wie Münte zu einem Koalitionsschal kam	3
Gesundheitsreform im Überblick	4
Persönliche. Erklärung	5
Bericht zur Lage der älteren Generation	6
12. Kinder- und Jugendbericht	6
Jahreswirtschaftsbericht 2007	7
Missbräuchliche Vaterschaftsanerkennung	7
Rechtsberatungsrecht	7
Berufliche Bildung im Handwerk	8
2. Mittelstandsentlastungsgesetz	8
BAföG anpassen	9
EU-Forschungsrahmen-Programm	9
Nachrüstung mit Dieselfussfiltern	9
Energie-/Entwicklungspolitik verzahnen	10
Fraktionsklausur in Brüssel	10
Gerechtere Erbschaftssteuer	10
Rede zur Genitalverstümmelung	11
Termine / Impressum	12

*Liebe Genossinnen und Genossen,  
liebe Freundinnen und Freunde,*

*bei der Abstimmung über die Gesundheitsreform habe ich mit nein gestimmt. Trotz einzelner Strukturreformen, die positiv bewertet werden können, ist meiner Überzeugung nach das Ergebnis als Kompromiss der großen Koalition enttäuschend und nicht zielführend. Mehr dazu steht in meiner persönlichen Erklärung auf Seite 5. Die deutsche Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2007 werden wir nutzen, um klare sozialdemokratische Schwerpunkte zu setzen und Impulse für ein friedliches, soziales und demokratisches Europa zu geben.*

*Solidarische Grüße! Eure Renate*



# „Europa soll Wohlfahrtsregion werden“

Vizekanzler Müntefering spricht in Freudenstadt vor 700 Gästen

**Chancen für neue Arbeitsplätze sieht Franz Müntefering, Bundesminister für Arbeit und Soziales (SPD), in erster Linie bei den kleinen und mittleren Unternehmen. Diese wolle die Koalitionsregierung „mit vernünftiger Steuerpolitik und kluger Förderpolitik stärken“, um neue Investitionen auszulösen.**

Der Vizekanzler war vor 700 Zuhörern Festredner bei einem Neujahrsempfang, zu dem die Bundestagsabgeordnete Renate Gradistanac und der baden-württembergische Handwerkspräsident Joachim Möhrle nach Freudenstadt eingeladen hatten.

Die Zuhörer waren offensichtlich angetan von der gemeinsamen Veranstaltung einer SPD-Politikerin und einem Handwerks-Repräsentanten der CDU. „Hier wächst zusammen, was zusammen gehört“, kommentierte mit einem Augenzwinkern Christian Lange, Landesgruppenchef und handwerkspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion. Die Zuhörer bestätigten dies mit demonstrativem Beifall. „Renate Gradistanac kämpft für die Region und ist bereit, Grenzen zu überwinden“, anerkannte Lange.

Die Abgeordnete gab das Lob an ihren Co-Veranstalter weiter und betonte den Mut des „schwarzen“ Handwerkspräsidenten, sich einen „roten“ Bundesminister zu einem Neujahrsempfang ins eigene Autohaus zu holen. Renate Gradistanac rief zu mehr Zuversicht auf: „Lassen Sie uns nicht über Probleme jammern, sondern von Herausforderungen sprechen.“

Franz Müntefering sah die Nation „ökonomisch, ökologisch und sozial auf einem guten Weg aus der Negativspirale heraus zu kommen“. Die Entwicklung eines friedlichen Europas erachtete er als das größte historische Ereignis der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts, gleichzeitig als die richtige Antwort auf die Globalisierung. „Wir müssen Europa zu einer Wohlstandsregion machen.“

Es könne nicht sein, dass Geld allein die Welt regiere, dass durch reines Profitstreben kleine Firmen zerschlagen würden, dass eine globalisierte Finanzindustrie Politik ohne Rücksicht auf Arbeitsplätze betreibe. Darauf werde die Bundesregierung Antworten geben mit einer „transparenten, sozialverträglichen Weiterentwicklung“.



*Vizekanzler Franz Müntefering, Renate Gradistanac MdB, Handwerkspräsident Joachim Möhrle, Christian Lange MdB, SPD-Landesgruppenchef und handwerkspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion.*

Die Gesundheitsreform erachtete Müntefering als besser als sie von Kritikern dargestellt werde, „aber nicht so gut, wie wir uns das gewünscht haben“. Als wichtigste Reformziele bleibe zu vermerken: Künftig seien alle Bürger versichert, die Möglichkeit zur Wahl der Krankenkasse bleibe erhalten, und der Staat werde immer mehr Steuermittel in das Gesundheitswesen stecken.

Die demografische Entwicklung, nach der im Jahr 2025 auf jeden Beschäftigten statistisch 1,9 Rentner kommen (heute ist das Verhältnis 1 zu 3,2), verlange von der Politik, sich der Wahrheit zu stellen. Die Erhöhung des Rentenalters auf 67 Jahre sei ein Mittel dagegen. Der Staat wolle die private Altersversorgung unterstützen und die Humanisierung der Arbeitsplätze fördern. Müntefering: „Mit 21 Jahren in den Beruf rein und mit 61 Jahren aus dem Beruf raus, das können wir uns nicht leisten.“ Entscheidend für die Zukunft sei jedoch das, „was wir in Köpfe und Herzen junger Menschen investieren“.

Im Rückblick auf den Jahreswechsel ordnete der Vizekanzler das Jahr 2006 als „ordentliches Jahr für Wirtschaft, Politik und Gesellschaft“ ein. Es sei gelungen, die Arbeitslosigkeit zu senken, die Wachstumsprognosen zu übertreffen und neue Stabilität in den sozialen Sicherungssystemen zu gewinnen. 2006, so Müntefering gebe Grund zu Optimismus: „Es hat uns gezeigt, welches Potenzial in den Deutschen steckt.“

**Mehr zum Thema auf meiner Homepage:**

<http://www.bundestag.de/~renate.gradistanac.htm>



HUTHMACHERS ST(R)ICHELEIEN: Eilmeldung vom G2-Gipfel ++ 730 Meter über NN in FDS ++ Münteferings Franz gestern Abend beim schwarzen Handwerksriesen ++ Schnellzeichner Huthmacher hat inhaltlich wichtigste Aussagen in Sprechblasen gesperrt ++ Folgende Botschaft ins ferne Berlin gekabelt: Schwarz ist der Wald und rot die Liebe / soviel Harmonie war selten im großkoalitionären Dickicht, äh, Getriebe. Zeichnung: Huthmacher

*Diese Karikatur von Dieter Huthmacher erschien am 27. Januar 2007 in der Südwest Presse*

## **Wie Franz Müntefering beim Neujahrsempfang in Freudenstadt unverhofft zu einem Koalitionsschal kam**



Bild: Mark Hindley

Das prosaische Zweckbündnis große Koalition in Berlin kann sich seit dem Müntefering-Neujahrsempfang vorige Woche in Freudenstadt mit einem symbolhaften Accessoire schmücken – mit dem rot-schwarzen Koalitionsschal.

700 Gäste im Autohaus Möhrle applaudierten, als Vizekanzler Franz Müntefering gemessenen Schrittes sich einen Weg durch die Menge bahnte. Doch da, abrupt stoppte „Münite“ und sagte, „ich hab’ meinen roten Schal vergessen!“ Gastgeberin Renate Gradistanac reagierte am schnellsten. „Macht nix“, sagte sie, entwand Georg Gradistanac dessen Halsschmuck und legte ihn dem Vizekanzler um. Droben auf dem Podium interpretierte Müntefering das rot-schwarze Symbol kurz darauf so: „Das Schwarze ist kein Schwarz, es ist lediglich ein tiefes Rot.“

Was er noch nicht weiß: Der Koalitionsschal ist eine handgefertigte Rarität aus feingekämmter Baumwolle und Microfaser in limitierter Auflage, kreierte von der Potsdamer Textilkunsthändlerin Jeanette Niebelschütz. Die hat diese Woche Renate Gradistanac angerufen und gefragt, ob sie mit den Fotos mit Vizekanzler und Koalitionsschal werben dürfe.

# Die Gesundheitsreform im Überblick

**Am 2. Februar 2007 wurde der geänderte Gesetzentwurf zur Stärkung des Wettbewerbs in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV-WSG) gemeinsam mit einem dazugehörigen Entschließungsantrag der Koalitionsfraktionen vom Deutschen Bundestag in 2./3. Lesung beschlossen. Am 16. Februar 2007 wird der Bundesrat den Gesetzentwurf beraten.**

## ***Unser Gesundheitswesen zukunftssicher machen***

Dass die Verhandlungen mit der CDU/CSU-Fraktion hart sein werden, war allen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten von vornherein klar. Schließlich liegen die Modelle beider Koalitionspartner - die Kopfpauschale der CDU/CSU und die solidarische Bürgerversicherung der SPD - zur Reform unseres Gesundheitswesens weit auseinander. Dennoch konnten die Verhandlungsführer der SPD-Bundestagsfraktion entscheidende Verbesserungen für die Menschen durchsetzen und einschneidende Ungerechtigkeiten verhindern.

Das Ziel während der Verhandlungen war, das Gesundheitswesen auch in Zukunft leistungsfähig, finanzierbar und vor allem solidarisch zu halten. Alle Menschen sollen die medizinische Versorgung erhalten, die sie brauchen, und am medizinischen Fortschritt teilhaben können. Um diesen Ansprüchen gerecht zu werden, enthält das GKV-WSG eine Strukturreform, eine Organisationsreform, eine Finanzreform und eine Reform der Privaten Krankenversicherung (PKV). Die ausgehandelte Gesundheitsreform ist ein tragfähiger Kompromiss.

## ***Krankenversicherung für alle - PKV kann sich Versicherte nicht mehr aussuchen***

Die SPD-Bundestagsfraktion hat durchgesetzt, dass es zum ersten Mal ab 1.1.2009 eine Versicherungspflicht für alle gibt. Dabei wurde auch sichergestellt, dass die Tarife der Krankenversicherung bezahlbar sind. Nichtversicherte, die dem GKV-System angehören, werden bereits ab 1.4.2007 wieder in die GKV aufgenommen. Für Selbstständige mit

kleinen Einkünften wird die GKV günstigere Tarife anbieten. Nichtversicherte, die dem PKV-System zuzuordnen sind, können sich ab 1.7.2007 im erweiterten Standardtarif der PKV ohne Risikoprüfung versichern. Ab 1.1.2009 ist die PKV verpflichtet, einen Basistarif ohne Risikoprüfung und mit Kontrahierungszwang (das Versicherungsunternehmen muss den Vertrag abschließen) anzubieten, der die Leistungen der GKV enthält und nicht teurer als der Höchstsatz der GKV sein darf. Um Überforderungen auf Seiten der Versicherten zu vermeiden, wurden Regelungen zur Reduktion des Basistarifs im Bedarfsfall getroffen.

## ***Mehr Leistungen, mehr Wahlmöglichkeiten und bessere Versorgung***

Die Strukturreformen tragen eine deutliche sozialdemokratische Handschrift. Es ist die erste Gesundheitsreform, die ohne Leistungskürzungen für die Versicherten der GKV auskommt. Dort, wo es notwendig ist, werden Leistungen zielgerichtet ausgebaut wie z. B. bei der palliativmedizinischen Versorgung von Schwerstkranken, bei der häuslichen Krankenpflege für Pflegebedürftige und Behinderte.

Außerdem gehören künftig alle Impfungen, die von der Ständigen Impfkommission empfohlen werden, genauso in den Pflichtleistungskatalog der GKV wie Eltern-Kind-Kuren, Reha-Maßnahmen für ältere und pflegebedürftige Menschen sowie alle weiteren Leistungen der medizinischen Reha. Die Versicherten der GKV haben nun mehr Wahlmöglichkeiten zwischen Versicherungs-, Selbstbehalt- und Kosten-erstattungstarifen.

Das Sachleistungsprinzip bleibt in der GKV die Regel. Vor einem Wechsel in einen Kostenerstattungstarif müssen die Kassen die Versicherten entsprechend beraten. Die Bindung an den Tarif gilt dann für drei Jahre. Alle GKVen müssen ihren Versicherten Hausarzttarife anbieten. Zur Vermeidung von Über-, Unter- und Fehlversorgung von Patienten und zur Erreichung einer lückenlosen Versorgungskette wird die integrierte Versorgung ausgebaut.

# Gesundheitsreform – meine persönliche Erklärung

**Ich habe gegen die Gesundheitsreform gestimmt – und zusammen mit weiteren Mitgliedern der SPD-Bundestagsfraktion folgende persönliche Erklärung abgegeben:**

„Die große Koalition hat sich zum Ziel gesetzt, mit der Gesundheitsreform eine nachhaltige und gerechte Finanzierung des Gesundheitswesens zu sichern. Als Ergebnis der Gesundheitsreform sollte ein leistungsfähiges, solidarisches und demographiefestes Gesundheitswesen stehen.

Trotz einzelner Strukturreformen, die positiv bewertet werden können, wie

1. die Pflicht der gesetzlichen und privaten Krankenversicherung, ehemaligen Versicherten wieder einen Versicherungsschutz anzubieten,
2. den zunächst erreichten Erhalt des Leistungskatalogs der GKV sowie die Umwandlung bisheriger Ermessensleistungen und Verbesserungen (Mutter-Vater-Kind-Kuren, geriatrische Rehabilitation; Impfungen) in Pflichtleistungen,
3. die Kosten-Nutzen-Bewertung von Arzneimitteln, die auch den therapeutischen Nutzen berücksichtigt,

ist das Ergebnis der Gesundheitsreform als Kompromiss innerhalb der großen Koalition enttäuschend und nicht zielführend.

Diese Gesundheitsreform schwächt die Solidarität in der Gesetzlichen Krankenversicherung und führt zu einer einseitigen Belastung der gesetzlich Versicherten. Gleichzeitig ist zu befürchten, dass es zu Leistungsausgrenzungen für GKV-Versicherte kommen wird. Mittelfristig sind Teile des Gesetzes haushaltstechnisch nicht abgesichert.

**Besonders aus folgenden acht Gründen kann den Reformplänen nicht zugestimmt werden:**

1. Der Gesundheitsfonds lässt die private Krankenversicherung außen vor, anstatt sie

in die solidarische Finanzierung des Gesundheitswesens einzubeziehen. Das Fondsmodell, in dem der Bund den einheitlichen Beitragssatz festlegt und sowohl Arbeitgeber- als auch Arbeitnehmerbeiträge fixiert sind, führt zu einem Wettbewerb über die Zusatzbeiträge. Diese sind sozial ungerecht und belasten einseitig die Versicherten. Die Zusatzbeiträge widersprechen dem einstimmigen Beschluss von SPD-Parteivorstand und Parteirat vom 24.4.2006, der „Pauschalen jeder Art und Variante“ als unsolidarisch ablehnt.

2. Der neue Spitzenverband Bund hemmt den Wettbewerb der gesetzlichen Kassen um die beste Qualität der medizinischen Versorgung und drängt die Selbstverwaltung in eine Statistenrolle.
3. Es ist zu befürchten, dass die geplanten Neuregelungen zum Risikostrukturausgleich (Morbi-RSA) unzureichend sind. Die Morbiditäten der Versicherten in den einzelnen gesetzlichen Krankenkassen werden nur unzureichend abgebildet, so dass letztlich ein Kassenwettbewerb um die besten Risiken statt um die beste Qualität stattfinden wird. Es wird daher Kassen geben, die sofort einen Zusatzbeitrag erheben müssen, da der Betrag aus dem Fonds nicht ausreicht und der Morbi-RSA unzureichend ist.
4. Die geplanten Wähleleistungs- und Selbstbehalttarife führen zu einer weiteren Entsolidarisierung im Gesundheitswesen hin zu einer weiteren Privatisierung der Krankheitskosten. Die auf Druck der Privaten Krankenversicherungslobby und der CDU/CSU entschärften Regelungen beim Basistarif belasten die Solidargemeinschaft der gesetzlichen Krankenversicherung weiter, weil sie zu einer Abwanderung bisher freiwillig Versicherter in die private Krankenversicherung führen werden.
5. Die Gesetzlichen Kassen haben für 2007 spürbare Beitragserhöhungen beschlossen. Diese Entwicklung ist im Zusammenhang steigender Lohnnebenkosten, die dem

notwendigen Ziel einer Konjunkturstabilisierung entgegenstehen, äußerst bedenklich. Die Stabilisierung des Bundeshaushalts ist auf ein weiteres, stabiles wirtschaftliches Wachstum unserer Volkswirtschaft angewiesen.

6. Gravierend ist, dass ein konkreter Vorschlag zur Gegenfinanzierung des Steuerzuschusses, den die GKV pauschal für gesellschaftliche Leistungen erhält, fehlt.
7. Die fehlende Gegenfinanzierung betrifft vor allem den in der Gesundheitsreform enthaltenden Aufwuchs der Steuermittel für die nächsten Jahre. Ab 2009 ist ein Aufwuchs um jährlich weitere 1,5 Mrd. € notwendig, so dass bereits 2011 7 Mrd. € fällig werden, 14 Mrd. im Jahr 2016. Hinzu kommen weitere Risiken, die mit ca. 2 Mrd. € zu beziffern sind, ungeachtet der Risiken, die in konjunkturellen Zyklen und durch die Zinsentwicklung möglich sind.
9. Das Gesetz verschärft die Armut von Hartz-IV-Leistungsempfängerinnen und Empfängern, da der Zusatzbeitrag (Kopfpauschale), wenn das Kündigungsrecht aus unterschiedlichen Gründen nicht in Anspruch genommen wird, aus dem Regelsatz finanziert werden muss.

Auf Grund der skizzierten Kritikpunkte und der großen Bedenken gegen das vorliegende Gesamtpaket stimmen wir heute im Deutschen Bundestag gegen den Gesetzentwurf der Fraktionen CDU/CSU und SPD zur Stärkung des Wettbewerbs in der gesetzlichen Krankenversicherung.“

## 12. Kinder- und Jugendbericht

**Wie Familien in ihrer Verantwortung für ihre Kinder durch Kindertageseinrichtungen, Schulen und die Jugendhilfe so unterstützt werden können, dass alle Kinder und Jugendlichen die bestmöglichen Bildungschancen erhalten, ist Thema des 12. Kinder- und Jugendberichts**

Basierend auf einem ganzheitlichen Bildungsbegriff unterstützt der Bericht ausdrücklich die Familienpolitik der vergangenen Legislaturperiode, vor allem den Ausbau von Ganztagschulen und von Betreuungsangeboten für Kinder unter drei Jahren. Die Sachverständigen fordern eine Weiterentwicklung dieser Politik, zum Beispiel durch die Ausweitung des Rechtsanspruchs auf einen Kindergartenplatz auf unter dreijährige

## Bericht zur Lage der älteren Generation

Der Bundestag hat am den fünften Bericht zur Lage der älteren Generation beraten. Der Auftrag der Bundesregierung an die Altenberichtscommission lautete, zum Thema „Potenziale des Alters in Wirtschaft und Gesellschaft - Der Beitrag älterer Menschen zum Zusammenhalt der Generationen" Erkenntnisse zusammenzutragen und Handlungsempfehlungen zu geben.

Zwei Ergebnisse ziehen sich als roter Faden durch den Bericht. Zum einen wird deutlich, dass die Lebensphase Alter nicht mit Krankheit und Unproduktivität gleichgesetzt werden kann, sondern Ältere bereits heute einen großen Beitrag zum gesellschaftlichen Wohlstand erbringen. Gleichzeitig zeigt der Bericht, dass die Potenziale älterer Menschen sozial sehr ungleich verteilt sind und dass es nicht das Alter und den alten Menschen gibt. Ältere Menschen können unter verbesserten Rahmenbedingungen ihre Potenziale im größeren Umfang für die Gesellschaft einsetzen. Voraussetzung ist eine größere Bereitschaft von Unternehmen, Organisationen und Verwaltungen, die vorhandenen Potenziale Älterer stärker abzurufen und zu nutzen. Der zweite zentrale Gedanke bezieht sich auf die Herausforderungen, die aus der Alterung und der Schrumpfung der deutschen wie der europäischen Bevölkerung für die Sicherung der Produktivität und Innovationsfähigkeit der Gesellschaft erwachsen. Das Ausmaß der dadurch hervorgerufenen Belastungen ist unter den Ökonomen umstritten. In der öffentlichen Diskussion wird die Alterung der Gesellschaft jedoch fast ausschließlich mit finanziellen Belastungen in Zusammenhang gebracht. Notwendig ist es, die Potenziale älterer Menschen stärker als bisher in das Blickfeld zu rücken.

Kinder, auch dies entspricht den Vorstellungen der SPD-Bundestagsfraktion und findet sich als Forderung auch im Koalitionsvertrag wieder. Im gemeinsamen Antrag von SPD und CDU/CSU „Öffentliche Verantwortung wahrnehmen – mit fairen Chancen Kinder stark machen" fordern die Parlamentarier die Bundesregierung auf, sich für den Ausbau von Ganztagsangeboten in der Betreuung von unter Dreijährigen und Kindergartenkindern einzusetzen sowie nach Wegen zu suchen, wie langfristig Beitragsfreiheit von Kindertagesbetreuung zu erreichen ist. Ziel ist eine gute Qualität von Bildung, Erziehung und Betreuung von Anfang an. Der Verbesserung der Situation von benachteiligten jungen Menschen kommt hierbei besondere Bedeutung zu.

## Jahreswirtschaftsbericht 2007

**Am 1. Februar 2007 hat der Deutsche Bundestag den Jahreswirtschaftsbericht 2007 beraten. Der Bericht mit dem Titel „Den Aufschwung für Reformen nutzen“ zeigt auf, dass die deutsche Wirtschaft sich seit Beginn des vergangenen Jahres in einem kraftvollen Aufschwung befindet.**

Es wird lebhaft investiert, die Arbeitslosigkeit sinkt, es entstehen erstmals seit langem wieder in großem Umfang sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse. Der Konjunkturmotor läuft wieder rund und wird auch in diesem Jahr nicht ins Stocken geraten. Für dieses Jahr geht die Bundesregierung von einem Wachstum von rund 1,7 Prozent aus – nach 2,5 Prozent im vergangenen Jahr. Die Arbeitslosenzahl wird in

### Anfechtung missbräuchlicher Vaterschaftsanerkennungen

**Die Bundesregierung hat einen Gesetzentwurf in den Bundestag eingebracht, der die Anfechtung von missbräuchlichen Vaterschaftsanerkennungen ermöglicht.**

Durch das Gesetz sollen missbräuchliche Vaterschaftsanerkennungen angefochten werden, wenn diese ausschließlich Vorteile im Staatsangehörigkeits- oder Ausländerrecht verschaffen sollen. Bislang erteilten die Behörden in vielen Fällen eine Aufenthaltserlaubnis an eine unverheiratete ausländische Mutter eines deutschen Kindes, die sehr oft eigentlich ausreisepflichtig waren. Staatliche Behörden sollen deshalb künftig die Befugnis erhalten, Vaterschaftsanerkennungen anzufechten, wenn der Anerkennung weder eine sozial-familiäre Beziehung noch eine leibliche Vaterschaft zugrunde liegt. Damit soll verhindert werden, dass durch das Grundgesetz geschützte Familien grundlos auseinandergerissen werden. Die für die Anfechtung zuständige Behörde soll jeweils durch die Länder bestimmt werden. Eine solche Anfechtung setzt außerdem voraus, dass durch die Anerkennung der Vaterschaft die rechtlichen Voraussetzungen für die erlaubte Einreise oder den erlaubten Aufenthalt des Kindes oder eines Elternteiles geschaffen werden. Dieses Kriterium dient dazu, gerade die Missbrauchsfälle zu erfassen, die mit diesem Gesetz unterbunden werden sollen. Wenn das Familiengericht einer Anfechtung statt gibt, entfällt damit die Vaterschaft des Anerkennenden rückwirkend.

diesem Jahr um voraussichtlich rund 480.000 Personen gegenüber dem Vorjahresdurchschnitt zurückgehen. Die Erwerbstätigkeit wird weiter steigen, im Jahresdurchschnitt um 300.000 Personen. Zusätzlich zu den erwarteten Einkommenssteigerungen erhöht sich auch das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte. Zu der erfreulichen Entwicklung hat neben einer dynamischen außenwirtschaftlichen Entwicklung auch die Politik der Großen Koalition beigetragen. Aber auch die Vorgängerregierung hat mit ihren Strukturreformen für gute Rahmenbedingungen gesorgt. 2007 wird es Aufgabe der Regierungskoalition sein, den Aufschwung zu festigen, die Konsolidierung der Haushalte fortzuführen und weitere innere Wachstumskräfte der Wirtschaft freizusetzen.

### Änderung des Rechtsberatungsrechts

**Das geltende Rechtsberatungsgesetz aus dem Jahr 1935 soll durch das Rechtsdienstleistungsgesetz abgelöst werden. Der Bundestag hat den Gesetzentwurf der Bundesregierung beraten.**

Mit dem neuen Rechtsdienstleistungsgesetz (RDG), das Mitte 2007 in Kraft treten soll, soll eine zeitgemäße Regelung für nichtanwaltliche Rechtsdienstleistungen geschaffen werden. Grundsätzlich soll das Anwaltsmonopol beibehalten werden, sowohl vor Gericht, als auch bei dem Kernbereich außergerichtlicher Dienstleistungen.

Tätigkeiten, bei denen Rechtsdienstleistungen nur eine untergeordnete Rolle spielen, sollen nicht nur der Anwaltschaft vorbehalten bleiben. Auch karitativen Einrichtungen und innerhalb des Familien- und Freundeskreises soll es erlaubt sein, unentgeltliche Rechtsberatung anzubieten. Um die Rechtssuchenden dabei zu schützen, müssen die beratenden Personen selbst Volljuristen sein oder die Beratenden anleiten. Rechtsdienstleistungen, die lediglich Nebenleistungen darstellen, sollen auch für alle unternehmerisch tätigen Personen zulässig sein, auch wenn diese keine Volljuristen sind. Beispielfähig anführen kann man dabei den Architekten, der in Fragen des Baurechts berät. Für Diplomjuristen gibt es ein neues Betätigungsfeld durch eine Neuausrichtung des Begriffs der Rechtsdienstleistung, die Erweiterung der zulässigen Nebenleistungen sowie eine große Zahl neuer Möglichkeiten beruflicher Zusammenarbeit.

# Förderung der beruflichen Bildung im Handwerk wird um 2,5 Mio. € erhöht

**Die Förderung der überbetrieblichen beruflichen Bildung im Handwerk (ÜLU) durch den Bund wird mit Beginn des Jahres 2007 um mehr als 2,5 Mio. Euro erhöht.**

Damit werden aus dem Haushalt des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie künftig weit über 40 Mio. Euro jährlich für diesen wichtigen Baustein im Dualen System der Berufsbildung in Deutschland zur Verfügung gestellt. Die Förderung von Lehrgängen, die der Vermittlung von Wissen und Fertigkeiten auf der Grundlage der neuesten technischen und betriebswirtschaftlichen Erkenntnisse dienen, ist ein seit langem bewährtes Instrument, das auch die Ausbildungsbereitschaft der Betriebe erhöht. Das Handwerk trägt mit rund 480.000 Lehrverträgen und damit knapp einem Drittel aller Lehrstellen einen Löwenanteil der beruflichen Qualifizierung in Deutschland. Aber gerade in Zeiten sinkender Schülerzahlen konkurriert das Handwerk immer stärker mit anderen Bildungswegen und Wirtschaftszweigen um qualifizierten Nachwuchs und wird nur dann

erfolgreich sein, wenn es mit seiner erstklassigen Berufsausbildung werben kann. Die überbetriebliche Lehrlingsunterweisung sichert hierbei eine gleichmäßig hohe Qualität der Ausbildung jedes Handwerksberufes unabhängig von der Ausbildungsleistungsfähigkeit des einzelnen Lehrbetriebes. Besonders für die kleinen Handwerksbetriebe stellt sie somit eine spürbare personelle und finanzielle Entlastung dar, da sie nicht nur für die Ausbildung notwendigen Maschinen anschaffen oder spezielle Arbeitsplätze einrichten müssen.

Gegenwärtig umfasst das bundeseinheitliche Lehrgangsangebot rund 500 Lehrpläne für diese intensive und systematische Praxisausbildung, deren Inhalte die Bundesfachverbände gemeinsam mit dem handwerksnahen Heinz-Piast-Institut festlegen und mit dem Bund abstimmen. Rund 350.000 Auszubildende des zweiten bis vierten Lehrjahres sammeln derzeit jährlich in den handwerkseigenen ÜLU-Werkstätten mit finanzieller Unterstützung des Bundes und der Bundesländer zusätzliche praktische Fertigkeiten.

## Bundeskabinett beschließt Entwurf eines Zweiten Mittelstandsentlastungsgesetzes

**Das Bundeskabinett hat den Entwurf des "Zweiten Gesetzes zum Abbau bürokratischer Hemmnisse insbesondere in der mittelständischen Wirtschaft" beschlossen. Mit dem Gesetz ist eine Bürokratiekostenentlastung in Höhe von mindestens 58,8 Millionen Euro für die Unternehmen und mindestens 5 Millionen Euro für die Verwaltung verbunden.**

Der Entwurf des Zweiten Mittelstandsentlastungsgesetzes enthält weitere 17 Maßnahmen zum Bürokratieabbau. Vor allem klein- und mittelständische Unternehmen sowie Existenzgründer werden in den Bereichen Statistik, Buchführung, Sozialversicherungs-, Gewerbe-, Preis- und Straßenverkehrsrecht entlastet. Zugleich wird die Förderung der regionalen Wirtschaftsstruktur weiter verbessert. Das Auskunftsverfahren für Daten aus dem Gewerberegister soll praxisgerechter ausgestaltet werden. Bislang erforderliche Auskunftsanträge entfallen ganz oder werden durch automatisierte Verfahrensabläufe erheblich vereinfacht, so dass sich ein Gesamtentlastungseffekt für die Wirtschaft von rund 42 Millionen Euro ergibt.

In der Dienstleistungskonjunkturstatistik werden verstärkt bereits vorhandene Verwaltungsdaten genutzt, so dass für etwa 33 000 kleinere Dienstleistungsunternehmen die vierteljährliche Befragung entbehrlich wird und dadurch rund 100.000 Arbeitsstunden oder umgerechnet Bürokratiekosten in Höhe von insgesamt jährlich 3,5 Millionen Euro entfallen. Die steuerliche Bilanzierungspflicht wird durch die Anhebung der Gewinnschwelle von 30.000 auf 50.000 Euro dergestalt vereinfacht, dass künftig mehr Steuerpflichtige als bisher anstelle einer Bilanz eine Einnahmeüberschussrechnung erstellen können. Durch die Einführung der Datenübertragung für Arbeitgeberbescheinigungen bei Entgeltersatzleistungen entfallen bei den etwa 2,8 Millionen Abrechnungsstellen Kosten für jährlich mehrere hunderttausend Kranken-, Verletzten-, Mutterschafts- und Kinderkrankengeldbescheinigungen. Zusätzlich wird die bisher übliche Entgeltbescheinigung des Arbeitgebers für die Vorausberechnung der Rente durch eine automatisch erzeugte Sozialversicherungsmeldung ersetzt, was bei durchschnittlich jährlich rund 800.000 Neurentnern eine erhebliche Entlastung der Unternehmen bewirkt.



## **BAföG an neue Entwicklungen anpassen**

**Der Antrag der Koalitionsfraktionen „BAföG an neue Entwicklungen anpassen – Auszubildende mit Kindern unterstützen, Auslandsaufenthalte erleichtern, Migrantenförderung verbessern und Hinzuverdienstgrenzen erhöhen“ wurde im Bundestag beraten.**

Deutschland braucht mehr Hochqualifizierte, um den wirtschaftlichen Anforderungen der Zukunft Rechnung zu tragen. Die Stärkung der Hochschulen durch Hochschulpakt und Exzellenzinitiative auf der einen Seite erfordert andererseits eine moderne Ausbildungsförderung mit einer Palette von Angeboten durch Zuschüsse, Studienkredite und Stipendien. Wegen der nach wie vor angespannten Haushaltslage kann derzeit keine Anpassung der Freibeträge, Bedarfssätze, Vonhundertsätze und Höchstbeträge erfolgen, stellt der Antrag fest. Dennoch soll das BAföG an neue Entwicklungen angepasst und den

Studierenden dadurch mehr Chancen eröffnet werden. Dabei geht es vor allem um eine stärkere Unterstützung von Studierenden mit Kindern, die Verbesserung der Auslandsförderung, die weiter gehende Einbeziehung von jungen Menschen mit Migrationshintergrund in den Berechtigtenkreis sowie die Erhöhung und Vereinheitlichung der Hinzuverdienstgrenzen für alle Auszubildenden. Für die Finanzierung von über längere Dauer erhobenen ausländischen Studiengebühren soll darauf hingewirkt werden, dass das bestehende Studienkreditangebot der KfW auch für diese Zwecke geöffnet wird. Die hohen Hürden einer Förderung von Praktika außerhalb Europas sollten künftig abgebaut werden. Die Bildungspolitiker der SPD-Fraktion sprechen sich weiterhin für eine spürbare Erhöhung des BAföGs in dieser Legislaturperiode aus.

## **Innovationen durch EU-Forschungsrahmenprogramm**

**Der Antrag der Koalitionsfraktionen „Innovationen für Deutschland durch das Siebte Forschungsrahmenprogramm der Europäischen Union“ wurde im Bundestag mehrheitlich angenommen.**

Die Forschungsrahmenprogramme sind das wichtigste Förderinstrument der EU zur Realisierung eines wettbewerbs- und leistungsfähigen Forschungs- und Innovationsraums. Mit über 54 Mrd. Euro für Wissenschaft und Forschung plant die EU das weltweit größte Programm zur Forschungsförderung. Wichtige Impulse für die deutsche Wissenschaft und Wirtschaft werden erwartet. Deutsche Forschende sind durchschnittlich an 80 Prozent aller EU-

Projekte beteiligt. Für die Regierungskoalition hängt der Erfolg des Programms entscheidend davon ab, dass die Konzentration auf innovative marktorientierte Forschungs- und Entwicklungsfelder gelingt, Wettbewerb und Exzellenz Kriterien für die Mittelvergabe werden und die Rahmenbedingungen und Verfahren transparenter und unbürokratischer gestaltet werden. Im Einzelnen ist auf die Kontinuität des Bewährten, Fokussierung auf angewandte Forschung und Schlüsseltechnologien, Förderung von Wettbewerb und Exzellenz, Qualifikation und Mobilität der Wissenschaftler, Evaluierung des Erreichten sowie Entbürokratisierung von Strukturen und Verfahren hinzuwirken.

## **Förderung von Nachrüstung mit Dieselpartikelfiltern**

**Mit dem beratenen Gesetzentwurf zur Änderung des Kraftfahrzeugsteuergesetzes soll die Nachrüstung von Filtern für Dieselpartikel steuerlich gefördert werden.**

Nicht nachgerüstete Fahrzeuge und Neufahrzeuge, die nicht den Partikelgrenzwert einhalten, sollen künftig geringfügig höher besteuert werden. Diesel-Pkw, deren Erstzulassung vor dem 1. Januar 2007 liegt, erhalten eine befristete Befreiung von der Kraftfahrzeugsteuer in Höhe von 330 Euro, wenn sie in der Zeit vom 1. Januar 2006 bis 31. Dezember 2009 mit wirksamer Partikelminderungstechnik nachgerüstet werden. Die Steuerbefreiung beginnt jeweils mit dem Tag, an dem die Voraussetzungen nachgewiesen werden, für Nachrüstungen bis 31. März 2007 einheitlich am 1. April 2007. Die Steuerbefreiung

deckt etwa 50 Prozent der Nachrüstkosten. Nicht nachgerüstete Diesel-Pkw mit erstmaliger Zulassung bis zum 31. Dezember 2006 sowie ab dem 1. Januar 2007 zugelassene Diesel-Pkw, die nicht den Partikelgrenzwert der künftigen Euro-5-Partikelgrenzwert von fünf Milligramm pro Kilometer einhalten, werden vom 1. April 2007 bis 31. März 2011 mit einem Zuschlag auf die Kraftfahrzeugsteuer von 1,20 Euro je 100 cm<sup>3</sup> besteuert. Nach langem Ringen um einen Kompromiss zwischen Bund und Ländern startet nun das Gesetzgebungsverfahren und soll zügig abgeschlossen werden. Die Kommunen sind angesichts der hohen und gesundheitsgefährdenden Feinstaubbelastung darauf angewiesen, dass möglichst viele Fahrzeuge mit Partikelfiltern ausgerüstet werden.

## Energie- und Entwicklungspolitik stärker verzahnen

**Die Koalitionsfraktionen haben den Antrag „Energie- und Entwicklungspolitik stärker verzahnen – Synergieeffekte für die weltweite Energie- und Entwicklungsförderung besser nutzen“ in den Bundestag eingebracht.**

Darin fordern CDU/CSU und SPD, dass die Entwicklungspolitik als eigenständiges, nachhaltiges Element in eine umfassende, langfristig angelegte Energie-Außenpolitik einbezogen werden muss. Zielsetzungen des Antrages sind die entwicklungsfördernde Verwendung der Einnahmen in ressourcenreichen Entwicklungsländern, die Senkung der Ölimportabhängigkeit von ressourcenarmen Entwicklungsländern durch erneuerbare Energien und Energieeffizienz, die Energieversorgungssicherheit in Deutschland durch Diversifizierung und internationale Kooperation sowie die Verzahnung der globalen

Klimaschutzpolitik mit den entwicklungspolitischen Zielen. Die Zusatzeinnahmen aus der Öl- und Gasförderung sollen in den Entwicklungsländern dazu beitragen, die entwicklungspolitischen Ziele der Millenniumserklärung der Vereinten Nationen zu erreichen. Im September 2000 haben sich die Mitgliedstaaten verpflichtet, die weltweite Armut zu bekämpfen, den Frieden zu sichern, die Umwelt zu schützen und die Globalisierung gerecht und nachhaltig zu gestalten. Die effiziente und kostengünstige Energieversorgung ist gerade für Entwicklungsländer ein vorrangiges Anliegen, um lokales Wirtschaftswachstum zu unterstützen. Die Bundesregierung soll sich während des G8-Vorsitzes für eine internationale Vereinbarung zur Steigerung der Energieeffizienz einsetzen, um damit die globale Nachfrage nach Energieressourcen zu reduzieren.

## Klausur der SPD-Bundestagsfraktion in Brüssel

**Aus Anlass der deutschen EU-Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2007 war die Fraktionsklausur der SPD-Bundestagsfraktion am 12. Januar in Brüssel.**

SPD-Bundestagsfraktionschef Peter Struck und der Vorsitzende der deutschen Gruppe in der sozialistischen Fraktion im Europäischen Parlament (SPE), Bernhard Rapkay begrüßten. Josep Fontelles Borell, der bis 16. Januar 2007 Präsident des Europäischen Parlaments war, sprach ein Grußwort. Referate hielten der Präsident der Europäischen Kommission, José Manuel Barroso und Außenminister Frank-Walter Steinmeier. Über die Wettbewerbsfähigkeit und die soziale Dimension in der EU sprachen EU-

Vizepräsidenten Günter Verheugen und Franz Müntefering. Die SPD-Bundestagsfraktion beschloss die Resolution „Gemeinsam für ein wettbewerbsfähiges und sozial gerechtes Europa“. Mit der Resolution macht die Fraktion ihre zentralen Eckpunkte für die deutsche Ratspräsidentschaft deutlich: Den europäischen Verfassungsprozess fortführen; Wirtschaftliche Dynamik und soziale Verantwortung verzahnen; Sichere, wirtschaftliche und umweltverträgliche Energieversorgung gewährleisten; Stabilität und Wohlstand durch Zusammenarbeit mit unseren Nachbarn sichern und Europa als Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts.

Weitere Informationen unter:

[www.deutsche-eu-ratspraesidentschaft.de](http://www.deutsche-eu-ratspraesidentschaft.de)

## Weg frei für eine gerechte Erbschaftsteuer

**Die SPD-Bundestagsfraktion begrüßt die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts ausdrücklich. Die Richter haben der Ungleichbehandlung der verschiedenen Vermögensarten bei der Erbschaftsteuer ein Ende gesetzt und so den Weg frei gemacht für eine gerechtere Erbschaftsteuer.**

Das Gericht hat dem Gesetzgeber einen klaren Weg zur verfassungsgemäßen Neugestaltung der Erbschaftsteuer aufgezeigt: In einem ersten Schritt ist eine solide Bewertungsgrundlage für alle Vermögensarten herzustellen. Dabei ist der sogenannte "gemeine Wert" als Maßstab und Ausdruck der dem Erben zufließenden zusätzlichen wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit zu Grunde zu legen. Erst auf dieser einheitlichen Bewertungsbasis darf der Gesetzgeber dann in einem zweiten Schritt

Differenzierungen des Steuersatzes und Vergünstigungen zur Verfolgung von wohl zu begründenden Gemeinwohlzwecken vornehmen. Die dazu vorgesehenen Regeln müssen zielgenau ausgestaltet werden und eine Nachversteuerung vorsehen, wenn der begünstigte Zweck im Einzelfall nicht erreicht wird. Auf der Basis einer gerechten Neubewertung aller Vermögensarten wird es also auch weiterhin möglich sein, kleine und mittlere Erbschaften angemessen zu schützen. Auch ein schonender Übergang von Betriebsvermögen wird künftig weiterhin gestaltbar sein - aber er muss nachprüfbar an ein genau benanntes Gemeinwohlinteresse, wie zum Beispiel den Erhalt von Arbeitsplätzen geknüpft werden. Wird dieses Ziel dann im Einzelfall nicht erreicht, muss nachversteuert werden.

# „Ein frauenverachtendes Ritual“

Meine Rede im Bundestag zur Genitalverstümmelung vom 1. Februar 2007

Frau Präsidentin,  
meine sehr verehrten Damen und Herren,

ich begrüße die heute zur Diskussion stehenden Anträge der Grünen, der FDP und der Linken. In der Problembeschreibung und im Forderungskatalog unterscheiden sie sich kaum. Darum kann ich mir auch gut vorstellen, dass wir uns über einen interfraktionellen Antrag verständigen könnten. Die Einführung eines eigenen Straftatbestandes kann sicherlich geprüft werden. Gefordert wurde dies auch bei der Berliner Konferenz, die unter anderem vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung im Dezember 2006 organisiert wurde. Mit einer speziellen Gesetzgebung könnte Klarheit und Nachdruck in der öffentlichen Debatte geschaffen werden. Aber Änderungen im Strafrecht allein reichen nicht aus, um Frauen und Mädchen zu schützen. Es müssen weitere Schritte hinzukommen. Auch darin sind wir uns einig.

## ***Beschneidung ist eine Straftat***

Lassen Sie mich einen Blick zurückwerfen: Am 17. Juni 1998 hat der Bundestag die Genitalverstümmelung von Mädchen und Frauen als schwerwiegende Menschenrechtsverletzung verurteilt. Sie ist durch kulturelle oder religiöse Traditionen nicht zu rechtfertigen. Alle Fraktionen waren sich einig, dass die Beschneidung ein Verstoß gegen das Grundgesetz und eine Straftat gegen die körperliche Unversehrtheit ist.

Wenige Wochen davor, am 1. April 1998, trat das 6. Gesetz zur Reform des Strafrechts in Kraft. Die Vorschriften nach denen Genitalverstümmelung als Körperverletzung oder Misshandlung Schutzbefohlener bestraft wird, wurden verschärft. Im Jahr 1999 hat die damalige rot-grüne Bundesregierung einen nationalen Aktionsplan zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen aufgelegt, der explizit Maßnahmen zur Bekämpfung der Genitalverstümmelung benennt.

Mit dem Inkrafttreten des Zuwanderungsgesetzes am 1. Januar 2005 wurden die Rechte der Frauen gestärkt. Seitdem wird nicht nur Schutz vor Übergriffen nichtstaatlicher Täter gewährt, sondern auch geschlechtsspezifische Verfolgung anerkannt. Damit erhalten Frauen bei einer drohenden Verstümmelung Abschiebeschutz nach der Genfer Flüchtlingskonvention.

Für diese Legislaturperiode steht die Fortschreibung des Aktionsplans zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen an. Dies ist im Koalitionsvertrag festgeschrieben. Begrüßenswert sind die im Jahr 2006 herausgegebenen Empfehlungen der Bundesärztekammer für Ärztinnen und Ärzte, denen es oft an Erfahrungen mit beschnittenen Patientinnen fehlt. Von internationaler Bedeutung ist auch die bei der Kairoer Konferenz im November 2006 erfolgte Ächtung durch Islam-Gelehrte.

## ***Kooperation anstatt Konfrontation***

In der Vorbereitung auf die heutige Rede habe ich mir die Aktionspläne in Großbritannien und in Norwegen gegen weibliche Genitalverstümmelung genauer angesehen. Das Kernstück des norwegischen Aktionsplans besteht aus Maßnahmen, die vier Ziele umfassen: die Verhinderung der Genitalverstümmelung von Mädchen, die im Land leben; die Hilfe für Mädchen und Frauen, die bereits genital verstümmelt sind; die Kooperation mit Organisationen und Einzelpersonen, wobei statt eines konfrontativen ein kooperativer Ansatz verfolgt wird und das Engagement auf internationaler Ebene. Ich meine, dies ist beispielhaft.

In wenigen Tagen, am 6. Februar ist der 5. internationale Tag „Null Toleranz gegenüber weiblicher Genitalverstümmelung“. Die UN-Sonderbotschafterin Waris Dirie hat gestern in München eine Unterrichtsmappe von Terre des Femmes vorgestellt. Ich unterstütze dieses Engagement an Schulen ausdrücklich und schließe mich ihrem Appell an: „Information und Bildung sind unsere stärksten Waffen im Kampf gegen dieses frauenverachtende Ritual. Wenn es uns gelingt, unsere Grenzen im Kopf zu überwinden, können wir alles erreichen.“

### ***Termine - Termine - Termine***

16. Februar, 10.30 Uhr  
Gelöbnis der Rekruten  
Hohenberghalle Horb

22. Februar, 14 Uhr  
Blinden- und Sehbehindertenverband  
Rudolf-Krämer-Haus, Bad Liebenzell

23. Februar, 14 Uhr  
Holz- und Waldtag, Loßburg

24. Februar, 15 Uhr  
AsF-Sitzung, Nagold

### ***Termine - Termine - Termine***

### **Impressum**

Renate Gradistanac MdB (V.i.S.d.P.)  
Deutscher Bundestag  
11011 Berlin  
Tel. (030) 227-73718  
Fax (030) 227-76718  
[renate.gradistanac@bundestag.de](mailto:renate.gradistanac@bundestag.de)

#### **Telefonzeiten:**

SPD-Büro Nagold  
Montag bis Freitag von 9 bis 12 Uhr

Büro Berlin  
Montag bis Freitag von 9 bis 12 Uhr  
Montag bis Donnerstag von 13 bis 17 Uhr

**Dringende Nachrichten bitte auf den  
Anrufbeantworter – wir rufen zurück!**